

VSEG-Stellungnahme zu Geschäften der bevorstehenden Juni-Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren

Der VSEG will Sie mit diesem „Standpunkt“ wiederum über seine Empfehlungen zu einzelnen Vorlagen für die Juni-Session informieren. Die Juni-Session steht vorwiegend im Zeichen der Ausfinanzierung der Pensionskasse. Bei der Behandlung dieses Geschäfts geht es also darum, die bestmögliche Lösung für sämtliche Partner (Kanton, Gemeinden, Destinatäre) zu finden und zudem einen Volksvorschlag zu unterbreiten, der von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung verstanden und getragen wird.

RG 049/2014

1. Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn (PKG); 2. Vorsorgereglement der Pensionskasse Kanton Solothurn (FD)

Der VSEG hat sich anlässlich der Generalversammlung im Mai 2014 grossmehrheitlich dafür entschieden, die Null-Variante zu unterstützen. Dadurch sollen die Gemeinden (Schulträger) von einer zusätzlichen Mehrbelastung durch die vom Bund auferlegte Ausfinanzierungspflicht befreit werden. Der Kanton soll die gesamte Ausfinanzierungspflicht selbst tragen.

Der Kantonsrat hat nun zu entscheiden, welche Varianten dem Souverän zur Abstimmung zu unterbreiten sind. Primäres Ziel muss sein, dass diese jahrzehntealte Pendezen nun angegangen und einer finanziell verkraftbaren Lösung zugeführt wird.

A 028/2014

Auftrag Fraktion Grüne: Eröffnung eines Fonds zur Ausfinanzierung der Pensionskasse Kanton Solothurn (FD)

Der VSEG empfiehlt, den Auftrag abzulehnen.

Mit den vom VSEG zwischen Kanton und Gemeinden ausgehandelten Finanzierungsvarianten ist eine Eröffnung eines speziellen PK-Fonds nicht vorgesehen. Zudem käme der Fonds einer neuen Steuer gleich und die Fonds-Eröffnung würde eine Verfassungsänderung nach sich ziehen, was vom Bürger überhaupt nicht mehr verstanden würde.

A 035/2014

Auftrag überparteilich: Parität in der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO) sicherstellen (FD)

Der VSEG stimmt der Erheblicherklärung nicht aber der Abschreibung zu.

Der VSEG unterstützt das Begehren des überparteilichen Auftrags, dass die Parität in diesem Sinne sichergestellt wird, dass die Zusammensetzung der Arbeitgeberseite (bspw. verstärkte Beteiligung des Regierungsrats, Kantonsratsvertreter etc.) neu überdenkt wird. Der Gesamtarbeitsvertrag und somit die GAVKO ist ein zentrales Führungsorgan für den gesamten Personalverantwortungsbereich des Staatspersonals.